

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen  
Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit  
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs

am 14./15.11.2012

### 3. Ermittlung der Beitragsbemessungsgrundlage bei illegalen Beschäftigungsverhältnissen

---

Nach § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB IV gilt bei illegalen Beschäftigungsverhältnissen, in denen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge nicht gezahlt wurden, ein Nettoarbeitsentgelt als vereinbart. Illegale Beschäftigung ist nach bisheriger Definition die illegale Arbeitnehmerüberlassung, die illegale Ausländerbeschäftigung und die Beschäftigung mit Sozialleistungsbetrug. Illegale Beschäftigung liegt auch vor, wenn der Arbeitgeber seiner Verpflichtung zur Erstattung von Meldungen und Zahlung von Beiträgen nicht nachkommt. Nach dem Wortlaut des § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB IV führt bereits ein Verstoß gegen den objektiven Tatbestand zur Anwendung der Norm, ohne dass subjektive Tatbestandsmerkmale wie Vorsatz bzw. Fahrlässigkeit erfüllt sein müssen.

Mit Urteil vom 09.11.2011 - B 12 R 18/09 R -, USK 2011-142, hat das Bundessozialgericht (BSG) klargestellt, dass für die Anwendung des § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB IV nicht nur die „objektive“ Verletzung von Zahlungspflichten sowie hiermit zusammenhängender Pflichten vorliegen, sondern neben der Feststellung eines solchen objektiven Verstoßes ein auf die Verletzung der Arbeitgeberpflichten gerichteter (mindestens bedingter) Vorsatz bestehen muss.

Die Besprechungsteilnehmer sind der Auffassung, dass dem vorgenannten Urteil grundsätzliche Bedeutung für die Anwendbarkeit des § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB IV zur Ermittlung der Beitragsbemessungsgrundlage bei illegalen Beschäftigungsverhältnissen zukommt. Danach kann ein illegales Beschäftigungsverhältnis dann angenommen werden, wenn der Arbeitgeber zentrale arbeitgeberbezogene Pflichten des Sozialversicherungsrechts wie die Nichtzahlung von Beiträgen und die vorausgehenden Melde-, Aufzeichnungs- und Nachweispflichten verletzt.

Für die Frage, in welchem Maße die Pflichtverstöße von einem subjektiven Element getragen sein müssen, ist in Ermangelung anderer Maßstäbe an die für die Anwendung der dreißigjährigen Verjährungsfrist (§ 25 Abs. 1 Satz 2 SGB IV) und die Erhebung von Säumniszü-

schlagen bei Beitragsnachforderungen (§ 24 Abs. 2 SGB IV) maßgebenden Kriterien, die das BSG bereits präzisiert hat (Urteil vom 30.03.2000 - B 12 KR 14/99 R -, USK 2000-9), anzuknüpfen. Die Nichtzahlung von Beiträgen muss demnach zumindest billigend in Kauf genommen worden sein, das heißt, der Arbeitgeber hätte wissen müssen, dass Beiträge zu zahlen waren bzw. das Nichtwissen resultierte aus der unterbliebenen Einholung von Auskünften oder Entscheidungen bei den Einzugsstellen bzw. den Trägern der Rentenversicherung.

Bei der Hochrechnung nach § 14 Abs. 2 Satz 2 SGB IV ist grundsätzlich die Lohnsteuerklasse VI zugrunde zu legen. In der Anhörung vor Erlass des Beitragsbescheides ist auf die Anwendung der Lohnsteuerklasse VI hinzuweisen; dem Arbeitgeber wird hierdurch die Gelegenheit gegeben, den Beweis einer anderen Lohnsteuerklasse zu erbringen. Die Steuerklasse I kann nur dann berücksichtigt werden, wenn eine entsprechende Bescheinigung des Betriebsstättenfinanzamtes vorliegt bzw. im Anhörungsverfahren beigebracht wird.